

Artikel Eins

Die Würde des Menschen ist unantastbar

September (1) 2010

Die unabhängige Kleinzeitung
5. Jahrgang • 96. Ausgabe
Spendenempfehlung ab 50 Cent

Nachrichten - Kommentare - Rechtsinformationen - Analysen



13. August und der Artikel 1 GG

Von Franz Müller

Diese Zeilen habe ich am 13. 8. 2010 früh geschrieben. Man braucht keine Kristallkugel, um zu wissen, was heute so durch die Medien geistert. „Man muss eine Lüge nur oft genug verbreiten, dann wird sie auch geglaubt.“ (*Joseph Goebbels – Reichspropagandaminister*)

136 Tote an der Mauer? Man bekommt noch nicht einmal 80 zusammen, wenn

schon unterscheiden. Tot ist zwar tot, aber der eine Tod war demokratisch und der andere undemokratisch. Nun möchte ich nicht falsch verstanden werden. Jeder Tote ist ein Toter zu viel. Aber jeder wusste, dass an der innerdeutschen Grenze geschossen wurde, sogar ab 1945. Auf der Ost-Seite gab es sogar jede Menge Warnschilder und Absperrungen.

Niemand sagt, nur mal als makaberes Beispiel: „Herr xy ist von einem Hoch-

im August 1961 nur noch ein Chirurg tätig war. Der „Rest“ war im Westen. Gerade Chirurgen hatten doch in der DDR, insbesondere in Ost-Berlin, Narrenfreiheit, sogar politische. Nur Bananen konnten sie nicht immer kaufen, wann sie es wollte. Ihr Einkommen hätte allerdings locker für eine ganze LKW-Ladung gereicht.



Dass es nach dem 13. 8. 61 in Ost-Berlin plötzlich mehr zu kaufen gab, dass in den nächsten Jahren (bis man Walter Ulbricht abgehalftert hatte) vieles billiger wurde usw., muss ich wohl geträumt haben. Da ich bei der S-Bahn gearbeitet habe, also in Gesamt-Berlin, habe ich noch die Schimpfattacken der West-Berliner Kollegen gegen die Mauer im Ohr, weil sie nicht mehr extrem billig im Osten einkaufen konnten. ??? Beispiel: Eine Schrippe (Brötchen) kostete damals in West-Berlin rund 20 Pfennige. Also Westgeld in Ost-Mark umtauschen (bis zu 1 : 10!) und im Osten dann 0,005 DM (halber West-Pfennig) für eine Schrippe bezahlen – usw.



man gerichts feste Beweise verlangt. Das stimmt aber auch nicht. Hinter vorgehaltener Hand geistert die Zahl 400 herum – erschossene Personen ab 1949 durch den Bundesgrenzschutz und (West-) Alliierte (!!!).

Nun, diese Menschen zählen nicht, denn sie sind im Auftrag einer freiheitlichen und demokratischen Rechtsordnung erschossen wurden. Da muss man dann

haus gesprungen. Woher sollte der denn wissen, dass man daran sterben kann?“

Bis zum 13. 8. 1961 gab es in westlichen Betrieben sogar Wetten, wer die meisten Fachkräfte aus dem Osten abwirbt. Natürlich muss man verschweigen, dass rund 90 % reine Wirtschaftsflüchtlinge waren. Ich kann mich noch daran erinnern, dass in dem Krankenhaus bei mir um die Ecke (Ost-Berlin)

Viele Ostberliner Frauen sind bis zum 13. 8. 1961 in West-Berlin „putzen“ gegangen. Natürlich brachten sie jeden Morgen die gesamte Verpflegung aus dem Osten mit, die dann nicht nur für ihre „Dienstherren-Familie“ ausreichte. Ihren Lohn bekamen sie natürlich in West-DM. Trotz dieses Lohnes für die Ost-Putze sparte man sogar auch noch

(Fortsetzung auf Seite 3)

Bitte schicken Sie uns Ihre Meinungen und Kommentare. (kontakt@artikel-eins.com)

lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben

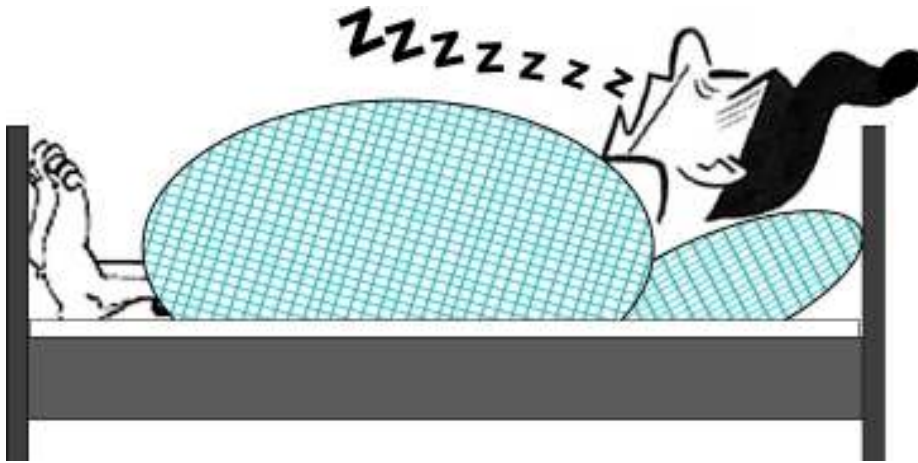
Wach auf, deutscher Michel!

Von Udo Zakred

Da wird öffentlich darüber schwadroniert, die Rente erst ab 70 beginnen zu lassen. Gab es einen große Aufschrei,

geht ans Eingemachte. Aber der deutsche Michel schläft.

Spontane Demos, wie in Frankreich oder Italien üblich, fallen aus. Die Ge-



waren alle auf der Straße? Da ist man mit fadenscheinigen Begründungen dabei, immer mehr Krankenkassenbeiträge abzukassieren. Keiner zeigt Gesicht auf der Straße. Da wird die Krise schön geredet, das große Sparpaket dem kleinen Mann aufgebürdet. Da merkt jeder, der noch Arbeit hat, es

werkschaften sagen: Das sind politische Streiks, die in Deutschland nicht erlaubt sind. Dabei steht im Grundgesetz ausdrücklich, dass jeder das Recht hat, sich friedlich zu versammeln (GG Artikel 8). Was spricht dagegen, wenn man nicht nur Arbeitsthemen, sondern auch politische Themen auf die Tagesordnung

setzt? Deckt das nicht auch den politischen Streik?



DIE LINKE müsste eigentlich den Gewerkschaften permanent Druck machen, damit sie sich auf ihre Aufgaben besinnen. Aber lieber möchte man das sich entwickelnde Verhältnis nicht belasten. Dabei sind die Gewerkschaften in Teilen noch immer staatstragend, wie sie es aus ihrer SPD-Kolonnen-Zeit kennen. Wenn ein Herr Sommer mit der Frau Merkel „gut kann“ und zwar manchmal Kritik äußert, aber keine Taten folgen lässt, ist er nur ein Papiertiger.

Über siebzig Prozent der Bevölkerung wollen den Raubtierkapitalismus ändern, über die Hälfte von ihnen sind auch bereit sich mit dem Sozialismus anzufreunden. Aber alle denken, das geschieht im Selbstlauf oder auf parlamentarischem Weg. Davon zu träumen, wie es anders werden könnte, ist gut. Aber ohne tatkräftiges Handeln wird sich dieser Traum nicht erfüllen.

Und der deutsche Michel träumt weiter und schläft tief und fest – weckt ihn endlich auf!

Hartz IV-Card ist staatliche Bildungs-Diktatur

Presseerklärung der Hartz IV-Plattform

Von der Leyens Planspiele sind ein Verstoß gegen die individuelle Freiheit und eine Manifestierung des Missbrauchs-Vorurteils gegenüber Hartz IV-Eltern. „Mal ganz abgesehen von ihrer datenschutzrechtlichen Fragwürdigkeit: Die Planspiele von Ministerin von der Leyen für eine Hartz IV-Card sind ein illegitimer Eingriff in die persönliche Freiheit und das individuelle Entscheidungsrecht für die betroffenen Kinder sowie ihre Eltern,“ kritisiert Brigitte Vallenthin die aktuell diskutierte geldlose Hartz IV-Leistung gegenüber dem Sozalticker. „Egal an welche nun wirklich nicht nachahmenswerten politischen „Vorbilder“ man dabei denkt – diese politischen Ausweichmanöver gegenüber dem Bundesverfassungsgerichts-Urteil vom 09. Februar, sind zutiefst menschenunwürdig.“

Die Hartz4-Plattform stellt in dem öffentlichen Schönreden von bargeldloser,

staatlich verordneter Bildung für Hartz IV-Kinder einen vielfachen Verstoß gegen das Grundgesetz fest. Weder ist nach Einschätzung der Arbeitslosen-Initiative damit „die Menschenwürde“ des Artikels 1 „geschützt“, noch erfüllt die Hartz IV-Card die grundgesetzlichen Rechte der Artikel 2 auf „freie Entfaltung der Persönlichkeit“, Artikel 3, dass „alle Menschen vor dem Gesetz gleich“ sind und schon gar nicht des Artikels 6, in dem es heißt: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern.“ „Diese Entrechtung und Bevormundung von Hartz IV-Eltern bedient lediglich die Stammtischparolen von Sarrazin, Mißfelder, Buschkowski & Co., die in jedem, der wegen real nicht vorhandener Arbeitsplätze in Not geraten ist, einen potenziellen Säufers sehen, der seine Kinder verkommen lässt“ so Hartz4-Plattform Sprecherin Brigitte Vallenthin. „Schließlich kennen wir sie doch mittlerweile zur Genüge, die leeren Politiker-Versprechen für Arbeitsplätze, Kindergartenplätze und so

weiter, die dann in der Wirklichkeit „leider“ nicht vorhanden sind,“ resümiert Brigitte Vallenthin verärgert gegenüber dem Sozalticker. „Ich höre schon wieder die vollmundigen Erklärungen von Ministerin von der Leyen, wenn die Plätze in den Sportvereinen, Musikschulen usw. nicht ausreichen: „Leider“ hat gerade mal wieder irgendeine Finanz-, Banken- oder sonstige Krise ausreichende Angebote verhindert – denn die ist für die Politik „systemrelevant“ – im Unterschied zu den Menschen und ihren Kindern. Aber wir versprechen im Jahre xyz dafür sorgen – sofern die Kassenlage es erlaubt. Und was ist,“ so die Hartz4-Plattform Sprecherin abschließend, „wenn ein Kind aus Neigung und Begabung etwa individuellen Klavierunterricht nehmen möchte anstelle der staatlich verordneten „Flötengruppe für alle“?“



(www.hartz4-plattform.de)

Erfahrungen aus Afghanistan?

Von Günter Waasnar

„... wer »dient«, noch dazu in Afghanistan, kann ein besserer Mensch werden“. Das meint der Mannheimer Sänger Xavier Naidoo (»Frei sein«), der im Juni zur **Truppenunterhaltung** am Hindukusch im Einsatz war. „Wenn der Krieg in Afghanistan die **Soldaten nicht breche**, mache er aus ihnen bessere Menschen“, sagte Naidoo laut Vor-



abmeldung der Frankfurter Neuen Presse (07.08.10). **»Unsere Frauen und Männer erfahren dort täglich, dass wir in Deutschland im Paradies leben.** Sie lernen dort, das Leben stärker zu schätzen und sehr intensiv im Hier

und Jetzt zu leben.«

Eine „gute“ Fortführung der Truppenbetreuung, oder sollte man besser sagen, der Methode, die Truppe bei Killer-„Laune“ zu halten, wie sie schon im Dritten Reich praktiziert wurde? Traurig, dass sich immer wieder „Künstler“ dafür hergeben und somit für das Geld, welches sie dort „verdienen“, den Krieg und das Grauen der dortigen Bevölkerung verlängern helfen!

„Wenn der Krieg in Afghanistan die **Soldaten nicht breche ...**“, **klarer gesagt: Nicht töte, zu körperlichen oder psychischen Krüppeln macht, stimmt das im Sinne der kriegsunterstützenden Medien. Sie werden für jeden Krieg, auch für den im Inneren, einsetzbare Werkzeuge, zur Mehrung der Gewinne der oberen Zehntausend und gegen die den Krieg ablehnende Bevölkerung. Für die vielen ehemals Hartz-gefährdeten jungen Soldaten, vorwiegend aus dem Osten, die in den Krieg gezogen sind, da sie in Deutschland keine berufliche Perspektive sahen, wird der Eindruck bleiben, dass mit Hartz IV zu leben, noch wie im Paradies ist. Sie können sich also „beruhigt“ in die „soziale Hängematte“ legen, die ihnen Hartz IV nach ihrem Einsatz bietet. Das vermittelt Xavier Naidoo hintergründig.**

Damit dürfte sich Xavier Naidoo für die Teilnahme am »Marsch der Verbundenheit« und die Übergabe einer gelben Schleife qualifiziert haben.“ (Quelle: „Junge Welt“)

Hartz IV, Krieg und alle anderen

Schweinereien dieser Regierung und des rechten Spektrums bilden eine absolute Einheit. Sie bedingen sich gegenseitig. Hätte jeder junge Mensch in diesem Staat eine gesicherte Perspektive, würden die Kriegstreiber kein Schlachtvieh finden, was für



sie in den Krieg zieht, andere Menschen erschießt, sich selbst der Gefahr der Tötung aussetzt und in der Regel mit massiven seelischen Problemen anschließend wieder nach Hause kommt.

Die „ehrlichste“, nacktste und reinste Form des Kapitalismus ist der Faschismus. Während sich sonst das Wesen dieser Gesellschaft hinter verschämten Feigenblättern verbirgt oder durch Ergebnisse von Teilsiegen des Widerstands abgeschwächt wird, wird in dieser Staatsform Klartext gesprochen.

**Wollen wir warten,
bis es wieder so weit ist?**

13. August ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Geld ein. Da rege sich doch heute mal jemand über die Niedriglöhne auf.

Die „innerdeutsche“ Grenze ist allerdings nicht die einzigste Grenze auf der Welt gewesen, an der geschossen wurde. Selbst heute nicht. An der Grenze zwischen den USA und Mexiko werden Monat für Monat heute noch Hunderte Menschen erschossen. Das sind aber

fast alles Mexikaner. Und das scheint nicht zu zählen.

Selbst heute wird noch an der deutschen Grenze geschossen. Psssst- Staatsgeheimnis!

Es wird Zeit, dass man den Artikel 1 des Grundgesetzes ändert.

Alt: Die Würde des Menschen ist unantastbar. (?)

Neu: Die Würde des freiheitlichen, demokratischen und unterwürfigen Deutschen ist eventuell zu beachten.

Es kann natürlich auch sein, dass ich vieles falsch verstehe, was ich so aus der Presse entnehme. Nun ja, wir Osis sind eben dumm. 1990 wurden uns dummen Osis Volkseigentum und Staatseigentum im Werte von wenigsten 1.400.000.000.000,- DM (Billionen DM = Zeitwert vom 3.10.90!) ersatzlos und entschädigungslos weggenommen. Dieser Betrag ist bis auf den (West-) Pfennig genau nachweisbar. Warum das legal war, habe ich ja auch nie verstanden. Wie soll ich denn dann das Grundgesetz verstehen?

Steinbrück ist der größte Schwänzer im Bundestag

(Red./BK) Solche Politiker sind eine Schande, müssten nicht nur aus der SPD und IG-Metall ausgeschlossen werden, sondern auch sofort den Bundestag verlassen. In einem normalen Arbeitsverhältnis hätte ihnen wahrscheinlich schon jeder Arbeitgeber fristlos gekündigt. Aber ein Bundestagsabgeordneter kann es sich leisten, bei Sitzungen zu fehlen und seinen gut bezahlten Nebentätigkeiten nachzugehen.

Zu „Hunde besser gestellt als Hartz IV Empfänger“

Von Lothar Schwarz

Vor geraumer Zeit gab es dazu eine Berechnung. Man hatte beim Tierheim Hamburg angefragt, was es kosten würde, einen Hund zu versorgen. Ich glaube, es wurde ein Tagessatz von 15 Euro genannt! Der Tagessatz schwankt zwar von Ort zu Ort und auch die Größe des Hundes spielt eine Rolle. Aber 15 Euro pro Tag wären 450 Euro im Monat!



Der ehemalige Finanzminister ist seit der letzten Bundestagswahl 2009 wegen seiner Schwänzerei im Bundestag in Kritik geraten. Er hat an 12 von 19 „wichtigen Parlamentsabstimmungen“ nicht teilgenommen. Bei diesen Parlamentsabstimmungen ging es unter anderem um die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes oder über das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung. Aber auch als der Wirtschaftsminister eine Regierungserklärung über Arbeitsplätze und Mindestlöhne vortrug, glänzte Steinbrück mit Abwesenheit.

Der ehemalige Finanzminister hat seit der Bundestagswahl 29 Vorträge bei der Bundestagsverwaltung gemeldet. (Großbanken, Unternehmensberatungen und Stiftungen) Davon erhielt er bei 28 Auftritten jeweils mindestens

7000 Euro (sogenannte Stufe 3). Für einen Vortrag bekam er mindestens 3500 Euro (Stufe 2). Somit erhielt er aus seinen Nebeneinkünften ca. 199.500 Euro. Außerdem erhielt er sein monatliches Abgeordnetendiät von knapp 8000 Euro. Mit seinen Nebeneinkünften aus Vorträgen hat er mehr verdient als die Bundeskanzlerin. Sie hat nämlich ein Amtsgehalt von 189.993,48 Euro. Auf die Kommentare bei (1*) hat Herr Steinbrück überhaupt keine Stellung bezogen. Was soll ein Arbeitssuchender, Geringverdiener oder Rentner mit kleinen Einkommen, bei diesen Einnahmen von Herrn Steinbrück denken? Natürlich empfinden die Bürger Wut, Empörung und Hass, bei so einem korrupten Politiker.

Herr Steinbrück ist nicht nur Bundestagsabgeordnete, er ist auch IG-Metall-Mitglied. Da fragt man sich warum schließt die Gewerkschaft so einen korrupten Politiker nicht aus. Wie wollen die Gewerkschaften die Arbeiter vertreten, wenn sie so etwas zulassen.

Die Bundeskanzlerin sagte vor ein paar Wochen, wir alle haben über unsere Verhältnisse gelebt und müssen jetzt alle sparen. Das Sparpaket der Bundesregierung ist eine „Schande“, denn gespart wird nur bei der einfachen Bevölkerung. Wenn es nach Herrn Westerwelle gehen würde, dann würden die Hartz IV-Betroffen „Skaven der Gesellschaft“. Was soll man von einer Regierung halten, welche die Ärmsten der Bevölkerung immer weiter ausbeutet, aber die Politiker einen Freibrief haben? Die Löhne werden immer mehr gesenkt, aber die Banken können weiter auf Kosten der Steuerzahler die Gelder verzocken!

Wer hat also über seine Verhältnisse gelebt? Dieses Thema müsste einmal im Bundestag diskutiert werden. Dazu müsste die Bevölkerung eingeladen werden. Aber vor so einer öffentlichen Diskussion hat die Bundesregierung Angst. Es könnten ja womöglich Rufe laut ausgesprochen werden, dass die Regierung es nicht wert ist, länger im Amt zu bleiben.

(1*) <http://blog.abgeordnetenwatch.de/2010/08/17/ein-buch-29-vortrage-und-einige-hunderttausend-euro-die-nebeneinkunfte-des-peer-steinbruck>

Kampagne



Scheindebatten

Von Hans Dieter Wege



Alle Jahre wieder das Gleiche: Die galoppierende Verelendung bezeichnet man lieber als Armut und fordert noch einen Mindestlohn von 10 Euro und meint, die Welt (Deutschland) wäre wieder in Ordnung. Warum wird nicht endlich von diesen Spezialisten aus der Bremer Memorandum-Gruppe um Professor Rudolf Hickel nach der tatsächlich jährlich notwendigen LOHNARBEIT gefragt, die erforderlich ist, damit alle 44 Millionen erwerbsfähigen Menschen in diesem Land mit einem gleichen Monatsstundenanteil an dieser LOHNARBEIT beteiligt werden können? Oder scheut man sich davor, weil man weiß, dass jeder Stundenlohn und auch der Mindestlohn von 10 Euro in diesem Moment verdoppelt werden müsste?

Da ist es doch viel einfacher, die zunehmende Armut und die Kürzungen durch die Regierung zu kritisieren. Nur wird das der Masse der von Verelendung bedrohten Menschen nicht so richtig helfen, es bleibt dadurch bei der Abkopplung vieler ArbeitnehmerInnen von der LOHNARBEIT. Aber zumindest bleibt man ja hierdurch im System verankert, in einem System, welches schon fast 90% der Menschen in diesem Land in Frage stellen. Doch davon reden diese ganzen Spezialisten mit keinem Wort.

Mindestens die finanziell Benachteiligten sollten solche Debatten daher als unzureichend ablehnen, denn: Es sind ausschließlich Scheindebatten!

Was ist ein Rechtsstaat?

Von Franz Müller

Nun hat doch der letzte Ministerpräsident der DDR Lothar de Maizière festgestellt, dass die DDR kein Unrechtsstaat war. Staatsminister Bernd Neumann sagte daraufhin (glaube am 22.08.2010) bei einer Ausstellungseröffnung in der Gedenkstätte Marienborn, er halte de Maizières Äußerung für abwegig und nicht nachvollziehbar. „Die DDR war ein Unrechtsstaat durch und durch.“ Und nun? Dieser Bernd Neumann ist aber kein gelernter Ossi. Aber als Besser-Wessi kannte er bestimmt die Ostzone viel besser, als die Ossis selber.

Journalisten werden immer dümmer?

Im Artikel 1 GG steht nicht – Die Würde des Menschen und aller Gebäude ist unantastbar.



Heute (18. 08. 2010) tagt das Bundeskabinett, weil es mit Google Probleme gibt, eben der Abbildung von Gebäuden. Seit mehr als hundert Jahren gibt es Postkarten, auf denen Gebäude abgebildet werden, ohne die Eigentümer zu fragen. Millionen von Fotos dieser Art stehen schon im Internet. Na nu, freuen sich nun die Journalisten endlich mal wieder, weil eine neue Sau durchs Dorf getrieben wird?

Da der Staat alle Bürger überwacht, überwachen eben auch die Bürger zumindest die Politiker, soweit es geht. Also ist eine heimliche Tagung des Bundeskabinetts heute nicht mehr möglich. Wer 1 und 1 zusammenzählen kann, dem muss doch klar sein, dass es in Wirklichkeit heute darum geht, die zu erwartenden Steuer-Mehreinnahmen (mindestens 10 Milliarden Euro) möglichst unauffällig zu privatisieren und dabei einen möglichst hohen eigenen Vorteil dabei rauszuschlagen.

Das vermutet zumindest

Franz Müller

Und nun? Als dummer Ossi, der sich ja erst seit 1990 Deutscher nennen darf, wollte ich mir da mal Klarheit verschaffen. Was ist nun ein Rechtsstaat?

Das Problem ist nicht so einfach. Wo soll ich da anfangen? 1945? Da hat doch die US-Army pro Kopf der Bevölkerung vier Mal mehr Menschen in ihrer Zone verhaftet, als die Sowjets in der Sowjetzone. Es kann aber auch sein, dass das mit Buchenwald zusammenhängt. Als die Russen im Juli 1945 das KZ Buchenwald von den Amis übernahmen, war es voll belegt mit Nazis, welche die US-Armee verhaftet hatte. Die Russen haben die aber einfach nicht freigelassen. War es das? Keine Ahnung.

Ach ja, die Russen haben 1945 einfach die Ernten der Bauern, wie man damals so sagte, auf dem Halm beschlagnahmt. Das war Unrecht. In der amerikanischen Zone wurde die Ernte versteckt und nur gegen Wucherpreise verkauft und die Menschen mussten hungern. Aber es war freie Marktwirtschaft. Die Russen waren so frech und fingen zum Beispiel an, die Grenze zwischen Bayern und Thüringen zu bewachen, weil der Schmuggel von Lebensmitteln von Thüringen nach Bayern überhand nahm (so auch die Presse aus Franken und Bayern von damals). Also haben dann die Russen zu unrecht gehandelt. Oder? So richtig kann mich das nicht überzeugen. Denn die Russen hatten ja selber nichts zum Kauen, denn ihre Heimat war auch zerstört.

Moment, ich habe doch nach 1990 viel dazu gelernt. So habe ich gelernt, dass Kuba eine schlimme kommunistische Diktatur ist. Kuba hat, pro Kopf der Bevölkerung, rund 3 x mehr Lehrer und sogar 6 x mehr Ärzte, als die USA, aber keine Suppenküchen, weil alle genug zum Essen haben. Richtig, das muss etwas mit den Suppenküchen zu tun haben. Die Suppenküchen gab es in der Sowjetzone flächendeckend zumindest für Kinder und Jugendliche ab dem Herbst 1945 und nannte sich „Volks-solidarität“. Mein Bruder wurde 1947 eingeschult. Da war nichts mehr für ihn mit Suppenküche. In der Schule gab es dann für alle Kinder jeden Tag ein warmes Mittagessen. Allerdings war da wohl doch eine Art Zwang. Die Freiheit sagen zu dürfen „Ich muss in der Schule nichts essen, weil meine Eltern

kein Geld haben.“ war so in der DDR unglaublich, denn eine Mahlzeit kostete damals 10 Pfennige. Durch die extreme Inflation in der DDR kostete im Jahr 1989 in der DDR dann das Essen in der Kinderkrippe, im Kindergarten, in der Schule usw. allerdings schon 35 Pfennige. Also ist



doch etwas dran. In der DDR gab es, im Gegensatz zur freiheitlichen und demokratischen Bundesrepublik, keine Suppenküchen, also ab 1949. Die Ossis hatten ab 1949 noch nicht einmal Obdachlosenheime, weil sie sich keine Obdachlosen leisten konnten. Aber hat Rechtsstaat nicht etwas mit Recht zu tun? Ich habe immer noch keine Klarheit gewonnen.

Also, die Fernsehkiste an. Aktuelle Nachrichten vom 25. August 2010: Da sollen doch die Banken dazu verknackt werden, durch eine Bankenabgabe selber Geld anzusparen, falls es mal wieder zu einer Krise kommen soll. Um die Summe zu erreichen, die sie in den letzten zwei Jahren verbrannt haben und der

(Fortsetzung auf Seite 6)

Was ist ein Rechtsstaat

(Fortsetzung von Seite 5)

Steuerzahler dafür geradestehen musste, müssen die Banken nun wenigstens 500 Jahre einzahlen. Eine Strafmaßnahme von über 500 Jahren und ohne ein Gericht? Geht denn das in einem Rechtsstaat? Nun ist mir entgangen, ob da der Bundestag auch noch gefragt werden muss. Ich sehe nun langsam nicht mehr durch. Also, bitte leichtere Kost.

RTL – Mittwoch, den 25. August 2010 – 9.30 Uhr bis 10.30 Uhr – Sendereihe „Mitten im Leben“. Au ja, das ist es.



Da hat doch die Berliner Angelika Tümmler vor vier Jahren den Marokkaner Laheen in Berlin geheiratet. Der ist dann aber mal doch nach drei Monaten nach Marokko zu seinen Eltern geflogen. Aber zurück durfte er nicht mehr. Da er kein Arier äh Deutscher ist, hat ein Beamter vermutet, dass es sich um eine Scheinehe handelt. Und da kein Antrag auf Familienzusammenführung vorlag, durfte er nicht nach Deutschland zu seiner Ehefrau. Erst dann stellte er diesen Antrag. Ist das ein Rechtsstaat? Moment mal, mein Vater wurde doch auch 1934 von einem Gestapo-Beamten beschuldigt, kam in Beugehaft, damals Schutzhaft, dann aber für 5 Minuten vor einen Richter und erhielt, eben nur aufgrund einer Vermutung, 3 ½ Jahre Festungshaft. Das Urteil ist heute noch rechtskräftig und der damalige Gestapo-Beamte wurde später Minister in Niedersachsen. Aber es gibt da

doch Unterschiede. Der Marokkaner Laheen ... nee ... unkorrekt ... wen der einreisen wollte, um mit seiner Frau zusammenzuleben, käme er ja auch in Haft. Könnte es sein, dass damals mein Vater 1934 so schnell verurteilt wurde und heute sich das Gericht wenigstens ½ Jahr Zeit lässt? Also, hier komme ich auch nicht weiter.

Gestapo, SS und andere waren doch aber Staatsbeamte. Meine Oma konnte aufgrund der Folgen ihres Aufenthaltes im KZ nach 1945 nicht mehr arbeiten und war auf Almosen angewiesen. Das könnte es sein. Sie ist 1956 an den Folgen verstorben, ohne auch nur einen Pfennig vom Staat erhalten zu ha-

ben. Dass sie im KZ war, war doch einzig und allein ihre Schuld. Sie hätte sich doch an die damaligen Gesetze halten können. Unschuldig kam doch niemand in ein KZ oder? In der Ostzone bekamen solche Leute schon finanzielle Unterstützungen. Und diejenigen, welche pünktlich und zuverlässig ihrer Arbeit nachgingen, wie eben die Beamten von SS und Gestapo, wurden sogar in der Ostzone verfolgt. Ja, sie wurden regelrecht vertrieben und der Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland musste sich um sie kümmern. So waren dann, nur mal als Beispiel, in Hamburg von den Richtern und Staatsanwälten 1955 doppelt so viele ehemalige NSDAP-Mitglieder, als 1944. Ausnahme? Weit gefehlt. 1955 waren im Auswärtigen Amt ab der Stufe „Gehobener Dienst“ aufwärts über 50 % ehemalige NSDAP-Mitglieder. 1955 wollte der Vater von Sir Peter Ustinow

wieder in den diplomatischen Dienst aufgenommen werden. War er doch vor 1945 diplomatischer Vertreter des Dritten Reiches in London, also beste Voraussetzungen. Die BRD ist aber ein Rechtsstaat. Er war ab 1937 geheimer Mitarbeiter des britischen Auslands-Geheimdienstes MI 6. Also teilte man ihm mit, dass man keine Vaterlandsverräter in den diplomatischen Dienst einstellen könne.

Nun ja, Ordnung muss sein. Könnte es auch am System liegen? In der DDR gab es, für alle schön übersichtlich, ein dreistufiges Gerichtssystem; Kreisgerichte, Bezirksgerichte und das Oberste Gericht. Auch waren die Gesetze so einfach, klar und unmissverständlich geschrieben, dass sie jeder verstehen konnte. Die Verfassung wurde sogar durch eine Volksbefragung bestätigt, also ein heute antidemokratischer Akt.

Die Kriminalität lag am Boden. Ganze Felder waren völlig unterbesetzt oder sogar nicht existent, wie Rauchgiftschmuggel, Raubmord oder Geldfälschungen. 1988, nur mal so als Beispiel, wurden im Bezirk Gera 386 Straftaten der Staatsanwaltschaft bekannt, von denen dann nur rund die Hälfte vor Gericht verhandelt wurde. Die Justiz hatte also im Verhältnis zur Einwohnerzahl fast nicht zu tun, im Gegensatz zu heute. Ob das jeden Rechtsstaat untergräbt? Ich glaube schon.

1995 gab es allein in Ostberlin doppelt so viele Rechtsanwälte, als 1985 in der gesamten DDR. Und wenn es da keine Regelung geben hätte, von der die DDR-Rechtsanwälte hätten leben können, dann wären sie wegen Auftragsmangel verhungert. Mit solchen Methoden bekommt man doch jeden Rechtsstaat kaputt.

Nun weiß ich immer noch nicht, was ein Rechtsstaat ist. DDR = Unrechtsstaat? Obwohl ich Jurist bin und nie SED-Mitglied war, ist mir das eben nie aufgefallen, selbst als ich einen 1. Sekretär einer SED-Kreisleitung verklagte und dieser abgeurteilt wurde.

Danke Herr Naumann, dass sie mich darauf aufmerksam gemacht haben. Sie haben mir meine Würde gemäß Artikel 1 des Grundgesetzes wieder gegeben und ich versinke in größter Scham, dass mir das alles 40 Jahre lang in der DDR nicht aufgefallen ist.

Korruptions-Oasen

Selenz' Kommentar 10. August 2010

Prof. Dr.-Ing. Hans-Joachim Selenz

Siehe auch: Selenz' Kommentar 06. November 2003: „Preussag/TUI: Geld unter dem Tisch“

Es gibt Länder auf dieser Welt, in denen steht die Bekämpfung von Bestechung und Untreue nicht auf der Prioritätenliste. Das ist der perfekte Nährboden für Korruption und Klüngel. Kriminelle Strukturen in Politik und Wirtschaft sind die zwangsläufige Folge. Gemeinhin denkt man in diesem Zusammenhang an Bananenrepubliken in Mittelamerika. Doch Recht und Ge-

damit unter Polit-Schutz. Dies trifft in gleicher Weise auf Deutschland zu. Auch bei uns kriechen die Anwälte des Staates nach Weisungen der Politik. Kein Wunder also, dass Ermittlungen zu Polit-Kriminalität stets im Sande verlaufen. Wie von Geisterhand gesteuert. Die Staatsanwälte gehorchen in diesen Fällen nur ihren Polit-Anweisern. Die Folgen dieses offenen Krebsgeschwürs unseres Rechtssystems sind zum Teil grotesk.

Am 19. September 2003 vermeldete Preussag/TUI-Chef-Lobbyist Zumpfort zur besten Sendezeit bei der ARD



rechtigkeit haben nicht nur in Äquatornähe einen schweren Stand. Oasen des Unrechts finden sich auch in kälteren Zonen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD bezeichnet beispielsweise Österreich als eine solche „Korruptions-Oase“. Das Land sei in der Bekämpfung von Bestechung und Untreue zu nachlässig, so Mark Pieth, OECD-Korruptions-experte. Österreich befinde sich in der Korruptionsbekämpfung im unteren Drittel aller Staaten.

Woraus besteht der Nährboden der alpinen Korruptions-Oase? In Österreich hängen Staatsanwälte direkt an der Kette der Politik. Polit-Kriminalität steht

im „Bericht aus Berlin“ wörtlich, er bringe „dem Abgeordneten oder Beamten mit guten, opulenten Essen oder Veranstaltungen etwas Abwechslung in seinen sonstigen tristen Alltag. Aber die klassische Politik nämlich Geschenke machen, Geld in Umschlägen unter dem Tisch mit „WG“. Das ist vorbei.“ Was auf den ersten Blick beruhigend klingt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als klassisches Geständnis. Positiv war zwar zu vermerken, dass Herr Zumpfort Abgeordnete oder Beamte nicht mehr „klassisch“ bestach, wie in der Vergangenheit. Politiker-bestechung ist in Deutschland allerdings auch nur dann ein Straftatbestand, wenn der Bestochene dafür Leistungen erbringt. Das „WG“ auf den Umschlägen unter dem

Tisch legt derartiges indes nahe. Beamtenbestechung ist hingegen stets eine strafbare Handlung. Es wäre daher gut zu wissen, welche Abgeordneten und Beamten Geld-Umschläge mit „WG“ erhielten und was sie dafür taten. Hintergrund: Die Preussag/TUI „bewegte über eine Clearingstelle zur Umverteilung von Schwarzgeldern in Genf im Jahr so ungefähr 20 Millionen Mark“. „Wieviel davon - zur Beatmung der Politik - nach Deutschland floss, ist offen“, wie die WELT bereits am 14. März 2002 berichtete.



Nachdem ein Bürger daraufhin eine Strafanzeige stellte, bekam er folgenden Bescheid: „Das auf Ihre Strafanzeige vom 28. Juni 2004 gegen Dr. Wolf-Dietrich Zumpfort und Unbekannt wegen Bestechung und Untreue eingeleitete Ermittlungsverfahren (2 Wi Js 214/04) habe ich eingestellt (§ 170 Absatz 2 der Strafprozessordnung). Die Staatsanwaltschaft nimmt Ermittlungen auf, sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für verfolgbare Straftaten vorliegen (§ 152 Absatz 2 der Strafprozessordnung). Bloße Vermutungen rechtfertigen es nicht, jemandem eine Tat zur Last zu legen. Aus den von Ihnen zitierten Äußerungen lassen sich die für weitere Ermittlungen erforderlichen konkreten Verdachtsmomente nicht entnehmen, da weder ersichtlich ist, dass der Beschuldigte selbst an derartigen - eine Bestechungshandlung nahelegende - Geldübergaben beteiligt war, noch dass es sich um Vorgänge in nicht rechtsverjährter Zeit handelt. Konkrete Hinweise auf etwaige unbekannte Täter bzw. auf strafbares Verhalten von Verantwortlichen der TUI lassen sich Ihrer Anzeige ebenfalls nicht entnehmen. Für bloße Verdachtsermittlungen gibt die Strafprozessordnung jedoch keinen Raum. Hochachtungsvoll - Rebentisch - Staatsanwalt.“

In Frankreich wurden jüngst Vertraute der L'Oréal-Erbin, die Geld-Umschläge am Tisch verteilt haben sollen, festgenommen. Dort will die Justiz tatsächlich wissen, wie und warum die Politik bestochen wurde. In Deutschland hingegen schaut sie offener Polit-Kriminalität untertänigst zu. Der Deutsche Richterbund sieht in der Weisungsgebundenheit ein Hindernis zur Aufklärung von „Regierungskriminalität“. Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger prangerte am 7. August 2009 diesen schweren Missstand unseres Rechtssystems gar vor dem EU-Rat an. Mark Pieth von der OECD sollte sich auch die Korruptions-Oase Deutschland einmal etwas genauer ansehen.

Deutsch und Geschichte - einmal ganz anders gesehen

Von Klaus Buschendorf

... So sehe ich die Geschichte und das Werden unserer deutschen Rechtschreibung. Ich kann nicht anders: Ich muss ihr Achtung zollen. (letzte Sätze der letzten Folge)

Und die Grammatik? Ist das nicht jenes unbegreifliche Regelwerk, vor der sich jeder Schüler fürchtet, weil ohne Sinn und unbegreiflich?

Ich verstehe jeden Schüler, der so empfindet. Denn noch immer weht ein Hauch von „Gottes unerforschlichem

Die Grammatik macht die Denkgesetze unseres Gehirns in der Schrift sichtbar. Doch bis es so weit kam, musste der Sprecher viel lernen. Er lernte vor allem von seinen Ahnen.

Denken ist Austausch mit anderen Menschen, ist Kommunikation. Davon gab es reichlich in unserem alten Europa.

Einig sind sich die Wissenschaftler heute, dass die Bibel mit der Sintflut eine geschichtliche Wahrheit der Vorzeit beschreibt. Das tut nicht nur die Bibel. In allen gefundenen Zeugnissen der Völker vom Atlantik bis Afghanistan gibt



Ratschluss“, den man nie verstehen könne, durch unsere Klassenzimmer. Schulen wurden befohlen von Königen und Kaiser von „Gottes Gnaden“ – wozu sollen sie dem Volk etwas erklären?

Noch viel mehr als die Rechtschreibung steht die Grammatik in der Entwicklung des Denkens. Sprechen Sie langsam einen mehrgliedrigen Satz und lauschen Sie den Pausen nach, die Sie unwillkürlich in ihre Rede flechten: Es sind die Kommas der Schrift. Der Punkt beendet den Gedanken. Eine Folge von Gedanken umfasst ein Absatz. Der Doppelpunkt kündigt einen Rat an oder einen besonders wichtigen Satz. Klammern schließen untergeordnete Gedanken ein. Jeder Mensch spricht in seiner Muttersprache grammatisch richtig. Warum ist grammatisch richtig schreiben so schwer?

es Hinweise auf die große Flut. Nur lief sie wohl etwas anders ab, als dort beschrieben.

Vor rund zehntausend Jahren hob sich der Meeresspiegel weltweit. Die Gletscher der letzten Eiszeit schmolzen. Das Schwarze Meer war ein Süßwassersee. Seine Ufer könnten der Garten Eden gewesen sein. Das Mittelmeer stieg an. Zunächst nur als Rinnsal, dann als starker Strom floss sein Wasser über Hellespont und Bosphorus mit einem gewaltigen Wasserfall in dieses Becken. Nicht plötzlich, aber stetig versanken die Felder der Menschen an seinen Küsten. Ihre Holzhäuser, auf Pfählen gebaut, trieben nach oben wie Hausboote. Die Menschen konnten nicht bleiben. Sie zogen die großen Ströme Don, Dnjepr, Dnestr und Donau hinauf. Auch über die steilen Gebirge Anatoliens flüchte-

ten sie. Doch überall trafen sie auf andere Menschen. Sie mischten sich, zogen weiter. Aus der heutigen Ukraine strahlten sie aus in alle Himmelsrichtungen. Donauaufwärts erreichten sie den Rhein, zogen stromab bis zum Atlantik und erreichten trockenen Fußes das ferne England. Das Meer stieg weiter. Der Unterlauf des Rheins wurde zum Kanal, der Unterlauf der Elbe zur Nordsee. Das vielgestaltige, geographische Bild des heutigen Europa entstand. Stämme, die einst auf Riesenflächen als Nomaden späteiszeitlichem Großwild nachgestellt hatte, sahen ihre Tiere aussterben, ihr Land versinken und wurden auf Inseln und Halbinseln eingeschränkt. Immer wieder neue Lebensumstände verlangten Umstellungen ihrer Lebensweisen, beanspruchten ihr Denken. Sie begegneten sich öfter auf dem kleiner werdenden Kontinent, tauschten Erfahrungen aus und lernten schneller. Sprachen entstanden und verschwanden. Einheitlich sprach man nie.

Heute sagen wir, dass damals Germanen, Kelten, Skythen, Hunnen über Europas Fluren zogen. Die Namensgebung stammt meist von Römern. Sie verführt uns heute dazu, diese Menschen der Nacheiszeit als Völker zu sehen, die von einer Gemeinsamkeit wussten. Das ist falsch. Es gab kein Bewusstsein, Kelte oder Germane zu sein. Der Gesichtskreis dieser Menschen hörte bei der großen Sippe auf, erkannte höchstens vage noch einen kleinen Stamm. Immer wieder verloren sich einzelne Sippenmitglieder, verhungerten oder trafen auf andere Sippen, wurden aufgenommen oder auch verstoßen. Auch so kam Austausch zustande, änderte sich Sprache – ihnen gemeinsam war lediglich: Die Menschen sprachen langsam, freuten sich der Worte und ihres Klangs. Die Grammatiken dieser Sprachen war viel ausgeprägter und komplizierter als unsere heutigen. Welcher Junge hat nicht schon in Karl Mays Indianerbüchern von den Ratsversammlungen der Häuptlinge gelesen? Lange sprach jeder und beendete seine Rede mit: Hugh, ich habe gesprochen. Dann sprach der nächste Redner. Man unterbrach nicht. Jeder hatte Zeit. Jedes Wort blieb den Analphabeten im Gedächtnis, eine Schrift brauchte man nicht. So sollten wir uns Europas Menschen in dieser Zeit vorstellen, ihr Denken und ihre Sprache.

(Fortsetzung auf Seite 9)

Deutsch und Geschichte...

(Fortsetzung von Seite 8)

Die neue geografische Form Europas lässt es für alle Wanderbewegungen wie einen Trichter wirken. Von Nord und Ost, wo es kälter wurde, zogen die Menschen nach Südost, kreuzten, ballten, vermischten sich und trennten sich wieder. All das geschah in jenem Raum, den Kaiser Karl mit seinen Franken ein-

te. Die meisten Wörter, die meisten Sprachen mit ihren unterschiedlichen Grammatiken trafen sich hier. Ein sicheres Alphabet brachten Römer ein. Ihre Zivilisation ließ ursprüngliches Gotisch und die alten Runen der Germanen versinken. Die Wissenschaftssprache Europas blieb Latein bis weit in die Neuzeit. Das Volk sprach anders. Man lausche den Buchstaben nach, wenn man langsam spricht: „Ick gihorte dat seggen: Hiltibrant enti Hadubrant

item harium tuem.“ Mit viel Mühe kann es einem Heutigen gelingen, den hochdeutschen Sinn zu verstehen: „Ich hörte das sagen: Hildebrandt und Hadubrandt zwischen Heeren zweien.“ Es ist die erste Zeile des Hildebrandt-Liedes aus dem Mittelhochdeutschen, etwa zwischen 1000 und 1200. Nur in Europa veränderten Denken und Sprachen so viel und besonders das Deutsche.

(wird fortgesetzt)

Hier könnte ihre Meinung stehen.



Bundesbank und SPD: Endlich Sarrazin ade!

Von Hans-Dieter Wege

Thilo Sarrazin wirkt zunehmend verfahren:
Erwerbslose sollen Körperpflege sparen!
Man erkennt ihn an manch diffamierendem Spruch
und womöglich sogar bald an seinem Geruch.



Als Bundesbanker handelt er nicht nach Verursacherprinzip –
besser gegen Arbeitslose hetzen, wird zu seinem Prinzip.
Obwohl Banken und Spekulanten Krisenurheber waren,
sollen die Ärmsten kalt duschen und dadurch Stromkosten sparen.

Die SPD zeigt längst nicht mehr ein Arbeiterparteiengesicht,
und noch immer kann ihr Mitglied sein dieser erbärmliche Wicht.
Sollte er selbst einmal in diesem Winter kalt duschen,
würde er seinen kleinen Freund wohl vergeblich suchen!

Aufgrund bestehender Minderwertigkeitskomplexe
hört er bestimmt niemals auf mit seiner üblen Hetze.
Den Eindruck, er arbeitet für FDP und CDU,
bekommt man schnell, denn die SPD lässt ihn damit in Ruh!

Ungestraft agieren angebliche Experten der Bundesbank
und machen sensible Menschen mit ihren kalten Sprüchen krank.
Mit ihren Berichten setzt unsere Presse noch manches drauf,
derweil Sozialdemokraten hoffen, Thilo hört damit auf.

Als ehrenwertes Mitglied dieser einst so stolzen Partei
gehört der Sarrazin bereits zum desolaten Einheitsbrei.
Besser wäre, Sarrazin riete das kalte Duschen
seinen Genossen, die Problemlösungen suchen!

Der Markt richtet alles

Von Elisabeth Monsig

So ist das mit dem Viehmarkt – Angebot und Nachfrage. Wird viel Vieh angeboten, kann man es billig kaufen: als Zugtier, oder für den Acker, auch als Schlachtvieh.



Auf dem Arbeitsmarkt ist es nicht anders. Das Angebot ist riesig, es gibt Millionen Arbeitslose. Die Auswahl geht nach Alter, Gesundheit, Flexibilität, oft sogar nach Religionszugehörigkeit, eventuell nach Aussehen. Der Arbeitsplatz „Schlachtfeld“ steht auch zur Verfügung. Da bleiben Millionen Langzeitarbeitslose wie Ladenhüter zurück. Und die auf dem Markt Verkaufenen werden sich mit jedem Billiglohn, mit unmenschlichen Arbeitsbedingungen, abfinden aus Angst vor der Armut. Den Reichen, den Rüstungsbossen und ihren Politikern reicht der Markt zur Bereicherung, so, wie er ist.

Alles in Ordnung – nur das System ist stinkend faul und muss erneuert werden – so, wie es ist.

Pflege einer Schwerstbehinderten

Von Lothar Schwarz

Es ist kaum mehr hinnehmbar, was momentan auf Behinderte (Schwerstbehinderte – in diesem Fall Querschnittslähmung) einwirkt. Wir sind Betroffene und hatten versucht, die Zusatzbeiträge der Krankenkasse (DAK) abzuwenden. Zwar wird gesagt, dass man die Krankenkasse wechseln

lich machen? Bei der DAK ist ein E-Rollstuhl beantragt! Das wird sich über einen längeren Zeitraum erstrecken. An die ARGE wurde ein Antrag zur Übernahme der Zusatzbeiträgen gestellt. Wie so oft, wird der Antrag erst einmal abgelehnt. Dem kann zwar widersprochen werden, aber: Es ist für eine Behinderte nicht machbar ohne Hilfe und auch der Hilfeleistende ist mit solchem Verfahren sehr beschäftigt! So geht das nun Jahre! In dem Fall geht es um monatlich 8 Euro. Für Außenstehende mag das nicht viel sein, aber für eine Behinderte, die monatlich keine 300 Euro zur Verfügung hat, ist das viel Geld!

Eindruck. Im speziellen Fall haben wir uns dann noch an die Krankenkasse selbst gewandt. Die DAK, so stand es in der Presse, hat finanzielle Schwierigkeiten (wobei dies mit Bestimmtheit nicht auf die Vorstände zutrifft!). Darauf angesprochen, erklärte die Krankenkasse, dass wohl die Konkurrenz das „Märchen“ von der Finanz-



Kampagne



könnte. Aber bei einer Behinderten, die ständig mit der Pflegekasse zu tun hat, ist dies praktisch unmöglich.

Mit der Krankenkasse haben wir über die Jahre Auseinandersetzungen. Auch vor dem Sozialgericht haben wir uns schon wiedergefunden. Der lapidare Hinweis auf den Wechsel einer Krankenkasse ist schnell ausgesprochen. Es interessiert die Behörden nicht, was in solchen Fällen dann auf die Betroffenen zukommt. Der Wechsel an sich dürfte einfach sein. Aber dann? Es wäre eine Fülle von neuerlichen Erklärungen, eventuell sogar wieder der Gang zu Gerichten. Was also hier als „leicht“ beschrieben wird, ist alles andere als leicht.

Wie sieht es aus, wenn laufende Verfahren solch ein Wechsel schier unmög-

Was aber bei den Zusatzbeiträgen unverständlich ist: Warum erheben diese nur einige Krankenkassen? Und: Wer sagt denn, dass kurz nach einem Wechsel die neue Krankenkasse nicht auch einen Zusatzbeitrag erhebt?



In diesem Land werden Gesetze und Verordnungen verabschiedet, die eine zusätzliche Last für Behinderte und deren Pfleger darstellen. Die Entscheidungsträger kümmern sich einen Dreck um die Betroffenen, so jedenfalls unser

not gestreut hätte. Es sehe bei der DAK finanziell sehr gut aus. Daraufhin fragten wir, warum dann die Zusatzbeiträge erhoben werden. Keine Antwort. Jedenfalls scheinen auch hier die Gesetzgeber keine klare Regelung geschaffen zu haben. Wann kann eine Krankenkasse denn einen Zusatzbeitrag erheben? Wenn die Vorstände eine weitere Verbesserung der Gehälter wollen?

Die DAK hat durch die Erhebung der Zusatzbeiträge viele Mitglieder verloren! Ja, braucht man deren Mitgliedsbeiträge nicht und wie rechnet eine Krankenkasse? Oder ist es so, dass man unliebsame Mitglieder los werden, man nur gesunde Beitragszahler haben will?

Es geht etwas um in diesem Land, was nichts Gutes verheißt.

Kampagne



Leserbriefe, Artikel und Beiträge sind ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion: Chefredakteur: Ottokar Luhn (V. i. S. d. P.) Bendastraße 17, 99867 Gotha,
Stellvertreter: Birgit Kühn (Angermünde), Klaus Buschendorf (Erfurt)
Mitglieder: Uwe Birkner (Görlitz)

online - Ausgabe

Die Zeitung und alle Artikel stehen unter

<http://www.artikel-eins.com>

zur Verfügung.



Redaktionsarbeit und alle Beiträge ohne Honorar.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen sind ihr vorbehalten. * Bei diesen Beiträgen möchte der Autor nicht genannt werden. Die Identität ist der Redaktion bekannt.

Kontakt: redaktion@artikel-eins.com
Druck: Selbstdruck
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
12.09.2010